



Harvard-Chef Summers, Uni-Gelände: Kein Präsident in der langen Geschichte der Elite-Universität hat in so kurzer Zeit für so viel

KARRIERE

Aufbruch auf dem Campus

Harvard-Präsident Larry Summers, der frühere Finanzminister der USA, will die Elite-Universität gründlich reformieren. Seitdem sorgt die Hochschule für Schlagzeilen wie nie zuvor.

Niemand kann sagen, man hätte nicht gewarnt sein können. Da gibt es die schöne Geschichte, wie Larry Summers anlässlich einer Anhörung vor dem US-Kongress die Abgeordneten belehrte, dass ihre Fragen „dumm“ und „einfältig“ seien. Oder die Anekdote, wie der damalige US-Finanzminister bei einem Treffen mit Amtskollegen aus Asien, das Cocktailglas in der Hand, von einem zum anderen wedelte und jedem im Detail auseinander setzte, warum seine Finanzpolitik schief gehen musste.

Diplomatisches Geschick oder Bescheidenheit haben nie zu den Stärken des Wirtschaftsexperten gehört, dessen vorerst letzter Karrieresprung ihn nun auf den Posten des Universitätspräsidenten in Harvard brachte. Dafür verfügt der Sohn eines Ökonomen-Ehepaars und Neffe zweier Nobelpreisträger über eine Vita, die von Superlativen nur so strotzt und schon deshalb geradezu perfekt zu einer Bildungseinrichtung passt, die von sich selbst auch nur in den höchsten Tönen spricht.

Studienbeginn als 16-Jähriger, mit 28 bereits ordentlicher Professor für Volkswirtschaft in Harvard und damit für lange Zeit der jüngste, den die Universität je hatte; danach Wechsel in die Politik, als Berater im Weißen Haus und, nach einer Zwi-

schenstation als Chefökonom der Weltbank, schließlich Finanzminister der Supermacht im Kabinett von Bill Clinton und Al Gore. „Komitee zur Rettung der Welt“ stand im Februar 1999 auf dem Cover von „Time“, das Summers zusammen mit Vorgänger Robert Rubin und Notenbankchef Alan Greenspan zeigte.

Seit gut einem Jahr steht Summers nun einer der bekanntesten und prestigeträchtigsten Hochschulen der Welt vor, und wenn es sein Ziel war, die ehrwürdige Bildungsinstitution einmal ordentlich aufzumischen, dann war er unbestritten erfolgreich. Kein Präsident in der langen Geschichte der Elite-Universität, die im Jahre 1636 im kleinen Städtchen Cambridge nahe Boston gegründet wurde, hat in so kurzer Zeit für so viel Aufmerksamkeit gesorgt und für so viel Aufregung.

Wenn in diesen Tagen von Harvard die Rede ist, dann vor allem von den Schlagzeilen, die Summers produziert. Von einem Krieg auf dem Campus ist da zu lesen und davon, dass sich grimmiger Widerstand gegen den neuen Mann an der Spitze formiere. „Business Week“ hat dem Aufbruch im feinen Cambridge erst neulich eine Titelgeschichte gewidmet, was nicht nur viel über die Bedeutung aussagt, die Harvard gerade für die Wirtschaftswelt hat,

sondern auch einiges über die Zugkraft, die man dem Namen Summers noch immer beimisst.

Zwei der angesehensten Professoren haben die Hochschule mittlerweile verlassen, der Ökonom Jeffrey Sachs und der Soziologe Cornel West. Letzterer bezeichnete den neuen Präsidenten als den „Ariel Scharon des amerikanischen Hochschulsystems“, als einen Mann also, der mit der Institution und seinen Repräsentanten so verfährt wie der israelische Ministerpräsident mit den ungeliebten Palästinensern.

Was also ist da los? Zunächst einmal hat Summers nicht viel mehr getan, als sich in Harvard genau umzusehen und dabei einiges zu entdecken, was er für dringend reformbedürftig hält. Sicher, die Universität hoch im Norden der USA gilt noch immer als das Symbol amerikanischer Elite-Ausbildung. Wer hier als Student angenommen wird (und eine Studiengebühr von rund 15 000 Dollar pro Semester zahlen kann), braucht sich über sein späteres Fortkommen keine großen Gedanken zu machen. Kaum eine andere Hochschule auf der Welt hat in ihrem Lehrkörper so viele Stars versammelt, keine andere ist so reich. Über 18 Milliarden Dollar hat Harvard in den Jahren an Stiftungsvermögen erworben, fast doppelt so viel wie der große Rivale, die Yale University.

Doch glaubt man Summers, dann braucht Amerikas ältestes College eine Generalüberholung, will es seine Ausnahmestellung halten. Das beginnt schon bei der Vergabe von Zensuren, die mittlerweile so großzügig ausfallen, dass jeder zweite Student am Ende seines Grundstudiums, dem so genannten Bachelor, mit einer A-Note entlassen wird. Bei den Graduierten liegt die Zahl der Prädikatsabschlüsse sogar bei



Aufmerksamkeit gesorgt

90 Prozent. In einem Schreiben an die einzelnen Fakultäten hat Summers nun um genaue Zahlen gebeten und eine Erklärung der „Prädikatsinflation“ angemahnt.

Ganz oben auf der Mängelliste des neuen Präsidenten steht auch die Ausbildung der Studenten, die sich neu einschreiben. Viele Professoren überlassen einen Großteil der Lehre ihren Assistenten und widmen sich lieber der Forschung, was Summers nun zu ändern gedenkt, indem er die Beförderung von Lehrkräften stärker an ihre Leistungen im Hörsaal koppeln will. Statt wie bisher vor allem große Namen auf die begehrten Lebenszeitstellen zu berufen, sollen künftig vermehrt junge, ehrgeizige Nachwuchskräfte zum Zuge kommen, die den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit noch vor sich haben.

All dies sind keine Vorschläge, mit denen man sich bei Studenten oder der Professorenbesonderheit besondere Sympathien erwirbt. Und dass Summers mit seiner ungestümen, von manchen auch als anmaßend empfundenen

Art gerade bei einem Lehrpersonal für Irritation sorgt, das ganz von seiner eigenen Bedeutung durchdrungen ist, steht ebenfalls außer Frage.

Doch wer sich länger auf dem Campus umhört, merkt schnell, dass es gar nicht die Reformideen an sich sind, die den Streit nun so haben eskalieren lassen, oder die Unverblümtheit, mit der Summers diese vorträgt. „Affirmative action“ heißt das eigentliche Tabu, an das der neue Präsident gerührt hat, einen allen in Amerika Lehrenden nur allzu vertrauter Begriff, der die Selbstverpflichtung von Hochschulen bezeichnet, jeder Diskriminierung von Minderheiten, und sei sie nur vermutet, schon im Ansatz entgegenzuwirken.

Was vor Jahren als durchaus sinnvoller Versuch begann, über spezielle Quotenregelungen und Förderprogramme auch Angehörigen von Minoritäten Zugang zu Elite-Universitäten wie Harvard zu verschaffen, hat sich mittlerweile zu einem Regelsystem entwickelt, das tief in die Lehrpläne eingreift und zu einer Sprachhygiene führte, die ans Absurde grenzt.

Nicht nur, dass inzwischen selbst an amerikanischen High Schools bei Prüfungen die Texte amerikanischer Autoren von allen Stellen gereinigt werden, die als anstößig empfunden werden könnten, das heißt von jedem Hinweis auf Religion, Rasse oder ethnische

Zugehörigkeit. Aus „den meisten jüdischen Frauen“ bei Isaac Singer etwa wird dann „die meisten Frauen“, aus „polnischen Schulen“ die Kurzform „Schulen“.

Überall in den Hochschulen wachen zudem selbst ernannte Gesinnungspolizisten darüber, dass niemand aus der Rolle fällt. Traurige Berühmtheit erlangte der Fall des Harvard-Historikers Stephan Thernstrom, der sich vor einem Komitee für Rassenbeziehungen rechtfertigen musste, weil sich Studenten durch angeblich abwertende Äußerungen beleidigt sahen. Der Geschichtsprofessor hatte in seinen Vorlesungen zur „Besiedlung Amerikas“ unter anderem auf die hohen Scheidungsraten in schwarzen Familien hingewiesen.

In diesem Klima der „political correctness“ macht sich jemand wie Summers schon verdächtig, wenn er nur die Rückkehr zu alten Leistungsstandards und eine Besinnung auf klassische Ausbildungsinhalte verlangt. Wenn Summers fordert, künftig wieder für alle Studenten naturwissenschaftliche und ökonomische Grundkenntnisse verbindlich zu machen, dann verstehen das seine Kritiker als Herabwürdigung von Studiengängen, bei denen die Studenten zwar alles über die Erscheinungsformen des Feminismus oder die Geschichte spanischer Einwanderer lernen – aber eben auch nicht mehr.

Aufmerksam wird registriert, dass der neue Präsident erst nach mehrmaliger Aufforderung ein gewundenes Bekenntnis zur „affirmative action“ abgab. Und wenn es nach Ansicht der Kritiker noch eines Beweises bedurfte, dass der Mann an der Spitze ein Reaktionär ist, dann lieferte diesen der Abgang von Cornel West, Professor für afroamerikanische Studien und einer der bekanntesten schwarzen Intellektuellen in den USA.

Bei einem Routinetreffen im Büro des Präsidenten hatte Summers den Uni-Star auf seine außerakademischen Aktivitäten angesprochen, seine Buchverträge beispielsweise, und auch auf seinen Beitrag zu einer kürzlich erschienenen HipHop-CD. Was für Summers eine Erinnerung an die Pflichten eines Professors war, verstand West als persönlichen Angriff. Der Bürgerrechtler Jesse Jackson unterstellte dem Präsidenten sogar rassistische Motive.

Nicht alle Professoren in Harvard freilich halten den Abgang von West für einen großen Verlust. Vor allem unter den Naturwissenschaftlern und Ökonomen findet Summers beachtliche Unterstützung.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass Summers mit vielem, was er fordert, absolut Recht hat“, sagt Jeffrey Williamson, der seit 1983 in Harvard Wirtschaftsgeschichte lehrt. „Unsere Aufgabe als Professor ist es, zu lehren und zu forschen. Wenn man dabei berühmt wird – prima. Aber wenn man irgendwann mehr Zeit mit TV-Interviews verbringt als im Hörsaal, dann muss man eben gehen.“

JAN FLEISCHHAUER



Politiker Summers (2. v. l.): Vita voller Superlative

* Bei seiner Verteidigung als Finanzminister am 2. Juli 1999 mit US-Präsident Bill Clinton und Vizepräsident Al Gore im Weißen Haus, die Bibel hält Summers Frau Victoria.